

Doppelbesteuerungsabkommen für 2018 geplant



Grenz Echo - 04 Okt. 2017
Pagina 2

Die Interessengemeinschaft deutsch-belgischer Grenzgänger (IGDBG) kritisiert seit geraumer Zeit, dass die Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien über ein Doppelbesteuerungsabkommen sich lange hinziehen. Zudem würden die laufenden Verhandlungen hinter verschlossenen Türen geführt, sodass alle Interessenten von möglichen Informationen ausgeschlossen werden. Diese Vorgehensweise kritisiert auch die ostbelgische Kammerabgeordnete Katrin Jadin (PFF-MR), die sich mit einer parlamentarischen Frage an Finanzminister Johan Van Overtveldt (N-VA) gewandt hat. Dessen Standpunkt ist klar: Die Verhandlungen von internationalen Abkommen werden in aller Diskretion geführt. In seiner Antwort gibt der Minister ebenfalls die zukünftige Marschroute an. Obwohl er noch kein genaues Datum nennen kann, hofft er, im Laufe des ersten Halbjahr 2018 zu einem Vertragsabschluss zu kommen. Sobald eine Übereinkunft getroffen sei, werde diese übersetzt, das Föderalparlament benachrichtigt und anschließend die Regelung auf der Internetseite des Finanzministeriums veröffentlicht.

Das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden hatte beispielsweise einen Wechsel des hoheitlichen Besteuerungsrechts der gesetzlichen Renten von Deutschland zugunsten der Niederlande zur Folge. Weil die gesetzlichen Renten in Deutschland grundsätzlich nur bis zu 50 Prozent steuerpflichtig sind, sie es aber in den Niederlanden zu 100 Prozent sind, befürchten die in Belgien wohnenden Grenzarbeiter nun ein ähnliches Schicksal, kurzum eine doppelte Versteuerung, erläutert Jadin in einer Pressemitteilung.

„Vor allem diejenigen, die in Deutschland arbeiten bzw. gearbeitet haben und nun in Belgien leben, fürchten den Vertragsabschluss, da die belgische Einkommenssteuer deutlich höher liegt als in unserem Nachbarland“, so die Kammerabgeordnete. (red)

Copyright © 2017 Grenz Echo. Alle rechten voorbehouden